

Robert Feiger

**Bundesvorsitzender
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt**

anlässlich

**23. Ordentlicher Gewerkschaftstag
26. - 29. September 2022, Kassel**

**Grundsatzreferat
Mittwoch, 28. September 2022**

Achtung Sperrfrist: 28.09.2022, 12:00 Uhr
Änderungen vorbehalten.
(Es gilt das gesprochene Wort!)

A n r e d e !

Lasst mich zu Beginn noch einmal Danke sagen.

Danke für das Vertrauen, das Ihr gestern dem Vorstand und mir persönlich geschenkt habt. Ich bin mir der großen Verantwortung bewusst.

Wir stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen.

Einige sind hausgemacht, andere liegen nicht unmittelbar in unserem Einflussbereich.

Die Corona-Pandemie bestimmt unser Leben seit zweieinhalb Jahren.

Seit diesem Februar führt Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Einen verabscheuungswürdigen Krieg, den wir auf das Schärfste verurteilen. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern.

Der Klimawandel ist spürbar wie noch nie. Die Folgen werden immer dramatischer.

Unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt, unser gesellschaftliches Miteinander verändern sich rasant. Zunehmend bestimmt die Digitalisierung unser Leben, unseren Alltag. Gestern waren es noch die Sorgen um Arbeitsplatz, Gesundheit und Rente. Heute sind die Fragen, Sorgen und Ängste noch existentieller.

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Unmittelbar vor unserer Haustür, in Europa, fürchten Menschen um das tägliche Überleben.

Immer mehr Menschen fragen sich: Wie kann ich morgen noch meine Lebensmittel, meine Miete, meinen Strom und meine Heizung bezahlen? Wie komme ich mit meiner Familie durch den Winter?

Da ist es nur verständlich, dass die Ängste täglich zunehmen.

Anrede!

Den Krieg können wir nicht beenden. Wir stützen die Maßnahmen und setzen uns für Frieden und Diplomatie ein.

Im Kampf gegen den Klimawandel können wir die Uhr nicht zurückdrehen. Aber wir können unser Verhalten ändern.

Lassen wir keinen Zweifel aufkommen, dass wir solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine stehen.

Lasst uns die Chancen erkennen, die es zweifelsohne gibt.

Die IG BAU und ich nehmen diese Herausforderung gern an. Lasst uns gemeinsam den Auftrag Zukunft annehmen. Leisten wir unseren Beitrag für Solidarität und Gerechtigkeit. Richten wir den Blick nach vorne, darauf, was zu tun ist. Richten wir den Blick auf das, was für uns als gute und aufrichtige Gewerkschafter*innen Auftrag ist.

Anrede!

Eine unserer Kernaufgaben und Kernkompetenzen ist natürlich die Tarifpolitik.

Die Bedürfnisse unserer Mitglieder, der Beschäftigten und der jüngeren Generationen verändern sich. Sie verlangen nach neuen Antworten und tarifpolitischen Lösungen. Wir werden uns darauf einstellen.

Wir haben mit der Wegezeitentschädigung, mit dem Hitzeausfallgeld im Dachdeckerhandwerk neue Wege beschritten.

Wären wir nur selbstkritisch, würden wir sagen: "Da stehen wir noch am Anfang".

Wir sind aber optimistisch und sagen: „Der erste große Schritt ist gemacht, jetzt geht es in die richtige Richtung.“

Die Unzufriedenheit im Beruf nimmt zu. Die Bindung zum Betrieb nimmt ab. Die Beschäftigten wünschen sich mehr Flexibilität, Wertschätzung und Unterstützung

durch Führung und mehr Mitsprache. Die Erwartungshaltung der Beschäftigten muss sich in einer zukunftsgerichteten Tarifpolitik wiederfinden. Das zeichnet moderne Tarifpolitik aus.

Wir haben Euch hier auf dem Kongress gefragt: Mehr Freizeit oder mehr Gehalt. Werfen wir mal einen Blick auf das Ergebnis. Ihr seht: Tarifpolitisch brauchen wir gute Ideen und auch die Bereitschaft zu Veränderung.

Eine Idee, die wir jüngst umsetzen konnten, ist das Sommerausfallgeld im Dachdeckerhandwerk. Unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen jetzt 53 Stunden im Jahr Hitzeausfallgeld – also bezahlte Freistellung, wenn es auf den heißen Dächern unmöglich wird, zu arbeiten. Darauf können wir als IG BAU stolz sein.

Es ist erst der Anfang. Aber es ist eine erste Antwort auf die tarifpolitische Herausforderung Klimawandel. Für Deutschland werden für jedes Jahr längere Phasen mit Temperaturen oberhalb von 40 Grad erwartet.

Die Extremwetterereignisse Wind, Starkregen und Hitze werden deutlich zunehmen. Für Outdoor-Jobs keine guten Voraussetzungen. Outdoor-Arbeiten in Zeiten des Klimawandels ist ein enormes Gesundheitsrisiko. Stichwort heller Hautkrebs.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz – egal, ob gesetzlich oder tarifvertraglich geregelt – wird immer mehr die Aufgabe haben, Voraussetzungen zu schaffen, um überhaupt sicher arbeiten zu können: Stationäre und mobile Beschattungsanlagen von Baustellen oder in der Land- und Forstwirtschaft. Unterstände zum Schutz vor Regen, Hagel und Wind. Sicherung von Baustellen und Baumaterial gewinnen an Bedeutung. Wir arbeiten an Lösungen und Ideen, brauchen aber auch staatliche Unterstützung.

Anrede!

Wir leisten mit unserer Arbeit einen gewichtigen Anteil, wenn es darum geht, dem Klimawandel mit innovativen nachhaltigen Methoden entgegenzutreten.

Die Beschäftigten unserer Branchen tragen dazu bei, die Klimaveränderung abzumildern. Unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Wald- und Forstwirtschaft wissen ganz genau: Wenn wir unsere Wälder schützen wollen, dann benötigen wir mehr politischen Willen, Knowhow und vor allem qualifiziertes Personal. Statt Abbau und Sparen in den Forstverwaltungen benötigen wir bundesweit mindestens 11.000 Arbeitsplätze zusätzlich. Verantwortung heißt hier: In Wald und Leute investieren. Dafür steht unsere Kampagne WALD KLIMA SCHUTZ.

Wir, die IG BAU, haben schon in den 90er Jahren unser Profil als Umweltgewerkschaft entwickelt. Wir haben immer gesagt, Umweltschutz und die Interessen der Beschäftigten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es geht nur, wenn wir Umwelt, Mensch und Arbeit im Blick haben. Wir sind Klimaschützer. Unsere Arbeit wird gebraucht und sie hat Zukunft. Und genau deshalb hat unsere Arbeit auch ihren Preis. Wir erwarten mehr Anerkennung und Respekt für das, was wir täglich leisten.

Anrede!

In unserer Kongress-Ausstellung seht Ihr unter anderem ein Tiny House, das Auszubildende der Knobelsdorff- Schule Berlin gebaut haben. Demonstriert wird hier auf engstem Raum klimagerechtes Bauen. Bauen der Zukunft. Für die Isolierung haben die jungen Kolleginnen und Kollegen ausschließlich nachhaltige Dämmstoffe verwendet. Schaut Euch das an.

Initiiert hat das unser Arbeiterbildungsverein, die GJEW in Berlin. Schön, dass Ihr hier seid und danke für Euer Engagement. Das muss Schule machen.

Warum sage ich das?

Beim nachhaltigen Bauen, beim Thema Energieeffizienz und Digitalisierung steckt die deutsche Bauwirtschaft gerade mal in den Startlöchern. Es fehlt an qualifizierten Fachkräften, an Bereitschaft und an Anreizen, in die Zukunft zu investieren,

ja und derzeit teilweise auch an Technik und Material. Wir können und müssen das ändern. Gemeinsam mit den Arbeitgebern, gemeinsam mit der Politik. Dazu benötigen wir Mut und Investitionen.

Mit einem Fonds – einem Klimafonds, der Aus- und Weiterbildung im Bereich Klima und Digitalisierung fördert, können wir hier Anschub leisten. Das bedeutet: Unternehmen, die in den Zukunftsfeldern Beschäftigte ausbilden und qualifizieren, die bekommen dafür auch entsprechende Mittel.

Erfolgreich haben wir in der Bauwirtschaft über die Sozialkassen die Fragen von Urlaub, Zusatzversorgung und Ausbildung geregelt. Warum also nicht auch bei der Qualifizierung für nachhaltiges Bauen und energetische Gebäudesanierung. Ich denke an ein gemeinsames Standbein (Zukunftsinstitut) unter dem Dach der Sozialkasse, das die Qualifizierung im nachhaltigen Bauen sicherstellt.

Wir, die IG BAU, sind zu solchen Wegen bereit. Dazu brauchen wir unsere Tarifpartner, die Arbeitgeber, aber auch unsere Finanz- und Wirtschaftsminister. Es geht darum, unser Klima zu schützen. Aber es geht auch darum, unsere Kolleginnen und Kollegen fit zu machen für die Arbeit von morgen. Und es geht darum, die Profite von morgen nicht allein den Arbeitgebern zu überlassen.

Anrede!

Vor fünf Jahren habe ich in meinem Grundsatzreferat gesagt: Wir wollen den Einstieg in die Wegezeit schaffen. Und wir haben das geschafft. Das war ein hartes Stück Arbeit für uns alle.

Ja – wir sind noch nicht ganz am Ziel. Keine Frage: Wir wollen perspektivisch eine noch höhere Entschädigung. Aber lasst uns doch auch mal auf das Erreichte stolz sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ab **Januar 2023** erhält der Bauarbeiter, der mehr als 50 Kilometer zur Baustelle fährt, **140 Euro** netto im Monat, ab **Januar 2024 160 Euro**. Wer hätte das vor fünf Jahren gedacht?

Trotzdem: Die Wegezeitentschädigung muss sich strukturell weiterentwickeln.

Anrede!

Wir haben gemerkt, wie wichtig Euch dieses Thema ist und deshalb müssen und werden wir gemeinsam dafür weiterkämpfen, dass sie deutlich besser entschädigt wird. Zur Wahrheit gehört aber auch: Unser Kampf wird nicht am Verhandlungstisch gewonnen. Vorbereitet und gewonnen wird er in den Betrieben, auf den Baustellen und in den Objekten. Das gilt für alle unsere Branchen.

Wir müssen in den nächsten Jahren unsere Macht in den Betrieben gemeinsam steigern. Wir brauchen mehr Power, mehr Macht in den Betrieben. Dann verstehen uns die Arbeitgeber auch am Verhandlungstisch. Wie sieht es aber aus?

Die Arbeitgeber klagen über fehlende Fachkräfte, bezahlen weit unter Tarif und tun zu wenig für Innovationen, Aus- und Weiterbildung. Eines ist dabei sicher: Ärmer geworden sind sie nicht.

Und die Beschäftigten? Sind wir ehrlich. Wir nehmen das viel zu oft hin. Suchen die Schuld bei anderen, fordern nicht den tariflich zustehenden Lohn ein. Wer nicht anständig nach Tarif bezahlt wird, braucht sich nicht zu entschuldigen, wenn er den Betrieb wechselt!

Zehntausende von Bauarbeitern könnten auf einen Schlag 1.000 Euro mehr im Monat verdienen, wenn sie nach Tariflohn bezahlt werden, wenn sie sich unserer Bewegung anschließen und aktiv werden. Es ist Zeit, das gemeinsam zu ändern.

Anrede!

Das neue Entlastungspaket sieht die Möglichkeit von zusätzlichen steuerfreien Zahlungen der Unternehmen bis 3.000 Euro vor. Damit hat die Bundesregierung die Wirtschaft, die Tarifpartner mit in die Verantwortung geholt. Wer also etwas gegen Fachkräftemangel und für die Beschäftigten tun will, liebe Arbeitgeber, der sollte jetzt mit uns darüber reden, wie wir das schnellstmöglich und möglichst in der Fläche tarifvertraglich regeln können.

Anrede!

Die Mietpreise in den Städten steigen seit Jahren in unverschämte Höhen. Auch die Lebensmittelpreise und Energiepreise sind in den letzten Monaten dramatisch gestiegen. Und die Inflation frisst die Lohnzuwächse aus den letzten Jahren auf. Es ist richtig, dass wir Gewerkschaften uns in diesen Wochen und Monaten an der konzertierten Aktion beteiligen.

Für uns ist aber klar: Lohnzurückhaltung ist jetzt das absolut falsche Signal. Das würde bedeuten, die Krisenbewältigung allein den Beschäftigten aufzuladen. Das machen wir nicht mit. Uns muss aber auch bewusst sein, dass die derzeitigen Herausforderungen nicht allein mit Lohnpolitik – und erst Recht nicht mit Lohnforderungen von 15 Prozent - zu lösen sind. Es kommt jetzt auf ein Zusammenspiel von politischen Entscheidungen und Tarifvertragsparteien an, das sich diesen Realitäten stellt.

Ganz klar ist, der Staat muss für Menschen mit geringem Einkommen, Rentner und Studenten einen angemessenen Ausgleich sicherstellen. Das ist er auch angegangen, aber da muss noch eine Schippe draufgelegt werden. Das fordern wir gemeinsam im DGB. Wir Gewerkschaften leisten mit unserer Tarifpolitik einen wichtigen Beitrag für Kaufkraft, Lohnentwicklung, sozialen Frieden, Gesundheit und sichere Arbeitsplätze. Das entlastet die Politik.

Deshalb sagen wir: Wer uns in die Pflicht nimmt, muss uns auch etwas bieten. Der darf nicht dabei zusehen, wie die Tarifbindung in diesem Land den Bach runtergeht. Die Tarifbindung ist ein hohes Gut. Ein Gut, das die Bundesregierung besser schützen muss. Und sie kann es besser schützen.

Wir, die Gewerkschaftsmitglieder, stehen und sorgen für ein stabiles Lohnsystem, Mitbestimmung, Arbeits- und Gesundheitsschutz und den sozialen Frieden in unserem Land.

Deswegen sagen wir in Richtung Politik: Gewerkschaften brauchen wieder stärkere gesellschaftliche Anerkennung, brauchen die Unterstützung der Politik, brauchen einen angemessenen Raum und Stellenwert in unserem Bildungssystem.

Anrede!

Gewerkschaft gehört in unsere Schulbücher und Lehrpläne. Wer ins Berufsleben startet, der sollte schon wissen, wer sein Partner ist, wenn es um die Rechte am Arbeitsplatz geht und wer für ihn den Tariflohn ausgehandelt hat.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen,
der SUV der Zahnarztgattin darf nicht länger steuerlich besser absetzbar sein als der Gewerkschaftsbeitrag. Das muss die Politik verändern.

Was für die Arbeitnehmer gilt, gilt auch für die Arbeitgeber. Es muss sich auch lohnen, Mitglied im Arbeitgeberverband zu sein. Es muss sich lohnen, wenn man sich zur Tarifpartnerschaft bekennt. Unternehmen, die ihren Beitrag zur Tarifpartnerschaft leisten, sollen Vorteile haben. Und nicht die Billigheimer, die sich Vorteile mit Ausbeutung, Dumpinglöhnen und illegaler Beschäftigung verschaffen.

Das geht, wenn man es politisch will. Das geht mit einem Bundestariftreuegesetz. Es ist angekündigt und überfällig. Unser Bundesarbeitsminister ist hier in der Pflicht. Belohnt werden muss, wer sozial und ökologisch wirtschaftet, nach Tarif bezahlt und den Nachwuchs ausbildet. Auch darum muss es gehen.

Wer sich um anständige tarifliche Löhne, wer sich um Steuern und Sozialabgaben drückt und wer sich nicht um die Ausbildung schert, der muss bei staatlichen Aufträgen leer ausgehen. Dann haben wir klare Verhältnisse.

Wir erwarten vom Staat, dass er faire Regeln schafft. Und wir erwarten von den Unternehmen, dass sie sich an die Regeln halten. Ohne Regeln geht es nicht. Und auch wir müssen am Tariftisch dafür sorgen, dass unsere Mitglieder bessergestellt werden. Tarifpolitik muss diejenigen stärken, die sich zur Solidargemeinschaft bekennen. Zu viele bekennen sich nicht dazu, streichen aber

alles was wir rausholen gern mit ein. Das sind Trittbrettfahrer, ich nenne sie TV-Schnorrer!

Und dann gibt es noch diejenigen, die lautstark, aber anonym über unsere Abschlüsse in den Sozialen Medien hetzen. Denen sage ich: Handy aus – Hirn an.

Natürlich müssen wir gemeinsam kritisch über den Weg diskutieren. Aber wir brauchen aufrechte Mitstreiter. Mitstreiter und Unterstützer, die im Betrieb für unsere Forderungen eintreten. Unterstützer, die mit uns gemeinsam auf die Straße gehen.

Anrede!

Vor 5 Jahren habe ich an dieser Stelle gesagt, der gesetzliche Mindestlohn muss zweistellig werden. Das ist jetzt der Fall. In wenigen Tagen wird der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Der Countdown läuft für die längst überfällige Erhöhung. Die IG BAU darf zu Recht stolz darauf sein, der Wegbereiter des Mindestlohnes zu sein. Doch Erhöhung bedeutet noch lange nicht, dass alle Beschäftigten den Mindestlohn auch bekommen, dass er tatsächlich gezahlt wird.

Ein massives Kontrolldefizit beim Zoll verhindert einen sauberen Arbeitsmarkt, einen Arbeitsmarkt, auf dem der gesetzliche Mindestlohn für alle die unterste Haltelinie ist. Dafür muss der zuständige Finanzminister endlich die Zahl der zuständigen Zollbeamten aufstocken. Das ist eine Investition für einen sauberen Arbeitsmarkt. Und eine Investition, die sich rechnet, durch Bußgelder, nachgeforderte Steuern und Sozialabgaben. Und, die Verstöße gegen den Mindestlohn müssen endlich für die Arbeitgeber Konsequenzen haben. Machen wir die schwarzen Schafe sichtbar, auch mit einem Melderegister für Mindestlohnverstöße.

Sagen wir „Game Over“ für die schwarzen Schafe bei den Arbeitgebern. Lassen wir die Opfer, also diejenigen, die um ihren Lohn betrogen worden sind, nicht allein. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen sich um die Rückgabe der Beute kümmern. Mindestlohnbetrug ist Lohndiebstahl.

Anrede!

Die Arbeitgeber der Bauwirtschaft haben mit ihrem Verhalten beim Mindestlohn der Tarifpartnerschaft, aber auch der Branche insgesamt schweren Schaden zugefügt. So macht man den Bau nicht attraktiv. So gewinnt man keine Arbeitskräfte, Auszubildenden und Fachkräfte.

Ja, wir brauchen mehr Arbeitskräfte, nicht nur am Bau. Wir müssen die Menschen in unserem Land weiter qualifizieren und besser bezahlen, um dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Ja, und wir brauchen mehr Zuwanderung.

Eines aber ist sicher: Eine unregelmäßige Arbeitsmigration wird es mit der IG BAU nicht geben, solange wir keine klare Mindestlohnregelung am Bau haben.

Es darf nicht sein, dass Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen – bei uns erneut ausgebeutet werden. Wir sagen Nein zu Niedriglöhnen. Nein zu kriminellen Subunternehmen. Nein zu Lohnbetrug. Wir wollen faire Arbeitsbedingungen für entsandte Beschäftigte, egal, aus welchem Land sie kommen.

Anrede!

Wir alle blicken in diesen Tagen sorgenvoll auf die Entwicklung in der Ukraine und Russland und die damit verbundenen Folgen. Wir wissen, dass uns dieses Thema längerfristig begleiten wird. Es gibt eine große Bereitschaft zur Solidarität und eine große Einsicht, dass nicht alle Belastungen ausgeglichen werden können.

Doch akut benötigen die Menschen eine Perspektive: Eine Perspektive, wie sie im Winter die hohen Energiepreise bezahlen können.

Im DGB plädieren wir für einen definierten Grundbedarf einen garantierten Preis, auf den sich alle verlassen können, für Strom und für Gas. Die Bundesregierung bewegt sich jetzt in diese Richtung.

Ja, es ist zu erkennen, dass notwendige Reformen von der Regierung angegangen werden. Beim Bürgergeld, Kindergeld, der Weiterentwicklung der Grundsicherung, Kurzarbeit, im ÖPNV oder der Besteuerung. Das sind wichtige Schritte.

Aber es gibt zunehmend Verärgerung darüber, dass in der Krise Verzicht immer von denen am meisten abverlangt wird, die am wenigsten haben. Deshalb muss die Regierung eine kluge Gesamtlösung finden und notwendige Reformen anbieten. Und ich finde, sie tut dies auch. Wir werden das kritisch konstruktiv begleiten.

Anrede!

Eines dürfen und werden wir in diesen Wochen und Monaten nicht tun. Wir werden den braunen Rattenfängern jetzt nicht das Feld überlassen. Sie wollen verunsichern, spalten, aufwiegeln, aber sicher nicht aufklären. Die AfD ist das Sprachrohr dieser Bewegung. Die Inflation kommt ihnen gerade recht. Es müssen jetzt Sündenböcke her. Widerstand formiert sich. Wir erleben es gerade wieder. Es ist eine schwer erträgliche Anmaßung, dass diese Leute von Freiheit und Widerstand sprechen. Wir werden das niemals hinnehmen.

Wir sollten dem Vormarsch der Rechten mit demokratischen Mitteln begegnen. Vom Gewerkschaftstag vor fünf Jahren gingen schon wichtige Impulse aus. Der Antrag gegen die AfD, den haben wir, die Delegierten, damals mit 100 Prozent Zustimmung verabschiedet. Uns liegt eine Entschließung vor, die ebenfalls den Kampf gegen rechts zum Thema hat. Ich freue mich, wenn wir wieder geschlossen dahinterstehen werden.

Anrede!

Was mit uns gar nicht geht, ist eine Konsolidierung des Staatshaushalts, in dem der Sozialstaat beschnitten wird.

Vor etwas mehr als drei Wochen ist der ehemalige russische Präsident und Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow verstorben. Er prägte in der Politik die

Worte Glasnost und Perestroika. Offenheit und Umbruch. Das ist es auch, was wir jetzt brauchen. Mut und Offenheit zum Umbruch. Mut zur Investition und zur Umverteilung. In einer Situation wie heute muss der Staat jetzt ausreichend investieren, um das Land zukunftsfähig zu machen.

Wir brauchen eine Zeitenwende – nicht nur bei der Ausstattung der Bundeswehr. Zeitenwende, auch bei der Gestaltung einer solidarischen Zukunft.

Zweieinhalb Jahre war die Schuldenbremse wegen der Corona-Pandemie ausgesetzt. In einer Situation, die die Wirtschaft noch schlimmer als die Pandemie trifft, zur Schuldenbremse zurückzukehren, halte ich für fatal. Halte ich für das falsche Signal.

Es ist an der Zeit, grundsätzliche historische Entscheidungen zu treffen. Starke Schultern können und müssen mehr tragen. Daher geht es für uns auch um eine steuerpolitische Umverteilung.

Ich meine eine gerechte Erbschaftsteuer, ich meine die Wiedereinführung der Vermögensteuer, den Spitzensteuersatz und auch einmalige Sonderabgaben, von denen, die ohnehin nicht wissen, wohin mit dem Geld, das sie uns aus der Tasche gezogen haben.

Seit 30 Jahren erleben wir, dass wenige Menschen immer reicher werden. Immer mehr Menschen werden entweder ärmer, oder sie profitieren nicht mehr vom Wohlstandsgewinn.

Es ist an der Zeit, das jetzt zu ändern. Es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, dass sich die Schere zwischen ganz reich und dem Rest endlich wieder schließt. Es ist an der Zeit, wirklich einmal eine Veränderung hinzubekommen.

Anrede!

Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurden nicht zuletzt durch unsere IG BAU-Frauen mit dem Antrag „Wie wollen wir leben“ wichtige Impulse für die gewerkschaftsinterne sozialpolitische Debatte gegeben. Und auch die Anträge zu diesem Gewerkschaftstag zeigen, welchen Stellenwert Fragen der Sozialpolitik in unserer IG BAU haben.

Ein Ergebnis dieses Diskussionsprozesses ist unter anderem der Antrag des Gewerkschaftsbeirates zur Weiterentwicklung und Erneuerung unseres Sozialstaates. Im Kern geht es um den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Absicherung der Lebensrisiken, und um Verteilungsfragen.

Anrede!

Trotz Fachkräftemangels werden leider immer noch viel zu viele Menschen in diesem Land ausgebeutet. Prekäre Arbeit, Minijobs, Leih- und Zeitarbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse, Werkverträge. Wir kennen die Übel. Wir wissen, betroffen sind vor allem Frauen, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund.

Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen aus der Gebäudereinigung wissen, wovon ich rede. Sie verdienen nicht nur viel zu wenig, auch sind die Arbeitsbedingungen häufig katastrophal. Sie sind arm trotz Arbeit.

Für uns ist ganz klar:

Wer Vollzeit arbeitet, der muss auch davon leben können. Wir fordern ein Ende der prekären Arbeit und eine faire Übernahme von Leihbeschäftigten. Gerade jetzt sollte es heißen „Zeit für was Festes“. Zeit für was Festes, für alle Beschäftigten.

Ansonsten werden gerade diese Menschen am Ende ihres Arbeitslebens direkt in die Altersarmut geschickt. Das ist ein untragbarer Zustand.

Anrede!

Mehr als 43 Prozent aller neuen Rentner gingen 2020 bereits mit 63 Jahren oder noch früher in den Ruhestand. Wir kennen die Gründe. Es sind die physischen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Doch immer wieder wird die Rente mit 70 aufgerufen. Das ist der falsche Ansatz.

Es ist für den Körper etwas Anderes, ob ich 40 Jahre lang die Hörsäle einer Universität reinige oder erst mit 40 Jahren anfangen, in diesem Raum Vorlesungen zu halten. Es ist was Anderes mit 55 Jahren bei Wind und Wetter Dächer zu decken oder im Bundestag am Rednerpult zu stehen und neoliberale Parolen zu verbreiten.

Wer die Rente mit 70 aufruft, der spielt mit den Ängsten der Menschen, spielt dabei Alte gegen Junge aus. Und vor allem spielt er dem privaten Geschäft der Altersvorsorge von Allianz und Co. in die Hände. Gleichzeitig wird das Vertrauen in die staatliche Rente als Altersvorsorge, die zum Leben reichen muss, erschüttert.

Wir sehen doch gerade in diesen Tagen, wie wichtig ein verlässlicher Staat ist.

Das gilt insbesondere für die Absicherung der Lebensrisiken wie Alter und Gesundheit. Unsere Position ist da ein klares Nein zur Rente mit 70.

Wir wollen eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen – und keine neuen Irrwege.

Anrede!

Seit langem steigen die Mieten in exorbitante Höhen. Die Wohnkosten zwingen die Menschen in die Knie. Über 4 Millionen Haushalte sind überlastet. Ihre Zahl wird schon bald durch die Decke gehen. Der Bestand an Sozialwohnungen schmilzt schneller als Gletschereis. Es darf nicht sein, dass fast die Hälfte des Einkommens für die Miete draufgeht, von denen, die die Wohnungen bauen und sie pflegen.

Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen aus ihrem Wohnumfeld vertrieben werden.

Und es darf nicht sein, dass die Gewinne einiger Großinvestoren vorzugsweise aus dem Ausland immer weiter steigen. Wir, die IG BAU, haben uns in den letzten Jahren

lautstark in die Wohnungsbaudebatte eingemischt. Es war überfällig, dass wir jetzt wieder ein von uns gefordertes Bauministerium haben. Doch trotz aller Bemühungen und politischer Versprechen, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind nicht kleiner geworden. Noch boomt der Bau: Aber von einem günstigen Bau-Klima kann seit Monaten keine Rede mehr sein.

Steigende Preise bei Baustoffen und Bauland, anziehende Bauzinsen, drohende Lieferengpässe bei Baumaterial, dazu die generelle Ungewissheit einer Krise.

Deshalb kann das Gebot der Stunde nur lauten: Die Schaffung von neuem Wohnraum muss der Situation angepasst werden. Schnell und kreativ. Und da gibt es viele gute Ideen. Vom Dachausbau über den Umbau von Büroflächen und vieles mehr.

Sicher ist: Wenn der Staat den Wohnungsbau jetzt im Stich lässt, wird es lange dauern, bis er wieder auf die Beine kommt. Gerade jetzt, wo der Einfamilienhausbau stockt, müssen die Kapazitäten der Bauwirtschaft in den sozialen Wohnungsbau umgelenkt werden.

Es braucht Anreize und Unterstützung. Wir schlagen deshalb einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für den sozialen Wohnungsbau vor. Das senkt die Baukosten erheblich und schafft Anreize. Das kann nicht so schwer sein.

Herr Minister Lindner und seine Partei wissen, wie das geht, zumindest wenn es ihre Klientel betrifft.

Anrede!

Die Bundesregierung hat jetzt das Wohngeld ausgeweitet. Das hört sich gut an, aber lasst mich dazu zwei Sätze sagen: Das Wohngeld baut weder zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum, noch sorgt es für die – gerade jetzt – dringend nötige energetische Sanierung von Wohnraum, um Energiekosten zu senken.

Natürlich ist es richtig, Mieter mit geringen Einkommen kurzfristig zu entlasten, wie das jetzt geschehen soll. Aber wir kennen doch die Marktmechanismen. Die Erhöhung des Wohngeldes wird mittelfristig von vielen Vermietern einfach

eingepreist. Das seit Jahrzehnten bestehende strukturelle Problem: Mangel an sozialgebundenem und bezahlbarem Wohnraum wird so nicht angegangen.

Anrede!

Die Mietpreissteigerungen bei Vonovia und Co. sind eklatant. Eklatant hoch sind auch ihre Renditen und eklatant schlecht behandeln sie ihre Mieter, die in den Wohnungen leben. Es ist Zeit, das zu ändern.

Der Staat hat eine Daseinsvorsorge beim Wohnen. Er muss endlich den explodierenden Mieten etwas entgegensetzen, muss den Miethaien die Zähne ziehen.

Mein Vorschlag geht in Richtung VW: Einstieg bei den börsennotierten Wohnungsbauunternehmen. Konkret nach dem Modell 25 Prozent plus eine Aktie und damit die Sperrminorität in der Hand. So kann der Bund ein entscheidendes Wort mitreden: Von den Mieten bis zu Sanierungen und bei der Investition von Gewinnen in bezahlbaren Wohnraum.

Ja, das wäre ein wohnungspolitischer Kunstgriff. Ein Kunstgriff, von dem Mieter und Staat profitieren können. Und ein Kunstgriff, der das eigentliche Problem angeht: Mieter sind kein Spekulationsobjekt. Bezahlbare Miete geht vor Rendite.

Anrede!

Auftrag Zukunft heißt auch, den Blick nach innen zu wenden. Unsere Grundsätze, unser Handeln überprüfen, anpassen und neue Ideen und Kraft zu entwickeln.

Wir sind eine stolze Gewerkschaft mit einer langen Tradition.

Unsere Mitgliederentwicklung kann und darf uns nicht zufriedenstellen. Es ist auch kein Trost, dass wir nicht allein im DGB so dastehen. Da hilft es auch nicht, sich mit der Pandemie herauszureden. Im Gegenteil: Sie hat uns unsere Schwachstellen nochmal sehr verdeutlicht.

Anrede!

2017 haben wir auf dem Gewerkschaftstag den Startschuss für die Zukunftskommission gegeben. Drängende Fragen, wie Bildung, Digitalisierung und die sozialen Sicherungssysteme wurden bearbeitet, von Haupt- und Ehrenamt.

Wir Gewerkschaften haben nach wie vor Gestaltungsmacht in unserem Land. Das zeigen unsere tarif- und gesellschaftspolitischen Erfolge. Wenn wir aber diese Macht künftig weiter ausüben wollen, dann brauchen wir wieder mehr gewerkschaftliche Stärke im Betrieb, starke Tariffbewegungen. Darauf wird es in den nächsten Jahren ankommen. Darauf müssen wir unsere finanziellen und personellen Ressourcen abstimmen. Das wird nicht einfach.

Wir müssen bereit sein zu Veränderungen, bereit sein, Liebgewonnenes aufzugeben, bereit sein, neue Prioritäten zu setzen. Dazu werden wir Beteiligung von Praktikern, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Unterstützern organisieren. Diese Arbeit beginnt nach diesem Gewerkschaftstag.

Anrede!

Auftrag Zukunft bedeutet auch die Verbesserung unserer Jugend- und Auszubildendenarbeit. Das liegt mir besonders am Herzen. Es geht um finanzielle, materielle und menschliche Ressourcen. Und um das Miteinander, das Zuhören und das gemeinsame Entwickeln gewerkschaftlicher Ideen und Strategien.

Ich erlebe junge Menschen, die bereit sind, sich solidarisch gewerkschaftlich zu organisieren, die für ihre Themen brennen und ihre Methoden gewerkschaftlicher Arbeit leben wollen.

Geben wir ihnen diesen Raum und erwarten wir nicht, dass sie heute zum Retter unserer liebgewonnenen Vereinsstrukturen werden.

Anrede!

Nicht zuletzt benötigen auch wir, die IG BAU, junge qualifizierte motivierte Mitarbeiter, Fachkräfte und Führungskräfte. Ja, und wenn wir unsere Geschlechterquote schneller auf allen Ebenen erreichen wollen, mehr weibliche. Das heißt, die IG BAU muss sich mehr denn je als attraktive innovative moderne Gewerkschaft aber auch als Arbeitgeber präsentieren. Daran arbeiten wir.

Anrede!

In einer digitaleren Arbeitswelt werden die Beschäftigten tendenziell künftig Arbeiten ausführen, die eine höhere Qualifikation erfordern. Körperlich belastende gesundheitsgefährdende Arbeiten können potentiell durch Einsatz neuer Technologien Entlastung bringen.

Die Digitalisierung birgt also Chancen und Risiken. Aufhalten können wir sie nicht. Und der Fachkräftemangel wird die Digitalisierung eher beschleunigen als verlangsamen. Es geht um Beschäftigungssicherung, Weiterbildung, Qualifizierung und natürlich um Verteilungsfragen.

Wir müssen unsere Beschäftigten und ehrenamtlichen Mitstreiter fit machen für die Zukunft, fit machen für die Digitalisierung und den Klimaschutz. Wir müssen sie insbesondere für die betriebliche Gewerkschaftsarbeit besser qualifizieren!

Anrede!

Auch unsere gewerkschaftliche Arbeit wird täglich digitaler. Sie verändert sich – auf allen Eben, sei es im Mitgliederservice, in der Mitgliederkommunikation, Ansprache und in der Verwaltung und der Arbeitsorganisation.

Genauso müssen wir uns auch in unserer Arbeit Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes stellen. Das betrifft Fragen unserer Fahrzeugflotte, Energie- und Papierverbrauch und vieles mehr. Daran werden wir mit Hochdruck arbeiten.

Anrede!

Auftrag Zukunft heißt, unsere Gewerkschaft –unsere IG BAU - fit zu machen, fit für die Zukunft. Ich habe die Vorstellung einer humanistischen, friedlichen Gesellschaft, die sich auf Solidarität gründet und der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Eben Arbeit und Umwelt vereint.

Es führt kein Weg an der Gewerkschaftsbewegung, kein Weg an unserer IG BAU vorbei.

Und lasst mich mit den Worten schließen:

Wir wissen um die großen Aufgaben. Wir stellen uns diesen Herausforderungen.

Wir nehmen ihn an „unseren Auftrag Zukunft“.

Glück Auf!